

Titel Resolution gegen die Änderung des Staatsangehörigengesetz

AntragstellerInnen Heilbronn

Zur Weiterleitung an

angenommen

geändert angenommen

abgelehnt

Resolution gegen die Änderung des Staatsangehörigengesetz

1 Am kommenden Montag, den 24. Juni wird der Innenausschuss des Deutschen Bun-
2 destages über Änderungen des Staatsangehörigengesetz beraten. Um auf deutsche IS-
3 Angehörige zu reagieren, soll dabei das Staatsangehörigengesetz verschärft werden. Die
4 Änderungen sollen dann in der gleichen Woche noch vor der Sommerpause im Bun-
5 destag beschlossen werden. Diese werden das Leben von vielen Menschen mit Migra-
6 tionshintergrund beeinflussen, die den deutschen Pass schon besitzen, oder erwerben
7 wollen. Dabei sind fast alle Änderungspunkte strittig: Einbürgerungen sind dann nur
8 noch möglich, wenn die Identität lückenlos nachgewiesen werden kann. Dies macht es
9 für viele Flüchtlinge unmöglich sich einzubürgern, da sie vom Verfolgerstaat oder durch
10 Bürgerkriegssituationen ihre nötigen Ausweisdokumente und Unterlagen nicht erhalten
11 können bzw. niemals erhalten werden. Eine Einbürgerung soll nur möglich sein, wenn
12 die "Einordnung in die deutschen Lebensverhältnisse gewährleistet ist". Diese nebulö-
13 se Voraussetzung öffnet die Tür für willkürliche Interpretationen und Auslegungen. Au-
14 ßerdem kann von Menschen nicht verlangt werden sich einer (Leit-)Kultur hinzugeben
15 mit der Gefahr dabei die angestammte aufgeben zu müssen. Bis jetzt war es möglich,
16 dass die Staatsangehörigkeit bis zu fünf Jahre nach Ausstellung wegen fehlerhaften An-
17 gaben widerrufen werden kann. Dabei kann dies sogar bis zur Staatenlosigkeit führen,
18 da Nicht-EU-Ausländer ihre alte Staatsangehörigkeit aufgeben müssen, um eingebür-
19 gert zu werden. Alleine dies ist unmenschlich, die Änderung würde aber dafür sorgen,
20 dass diese "Staatsangehörigkeit light" sogar auf zehn Jahre verlängert wird. Dies ist un-
21 tragbar: Der Entzug der Staatsangehörigkeit darf kein Sanktionsmittel sein! Als Sozial-
22 demokrat*innen wollen wir uns nicht nur gegen die Vorschläge der Union aussprechen,
23 sondern fordern all unserer Mandatsträger*innen dazu auf diese Änderungsvorschlä-
24 ge zum Staatsangehörigkeitsrechts kategorisch abzulehnen! Wir werden nicht tatenlos
25 dabei zusehen, wie die SPD als Regierungspartei mitverantwortlich dafür ist Einbürge-
26 rungen zu erschweren und Menschen, die sich als deutsche Staatsbürger*innen iden-
27 tifizieren (wollen) weitere Hürden aufbauen. Wir appellieren dabei besonders an unse-
28 re baden-württembergischen Bundestagsabgeordneten. Die Regierungsbeteiligung ist

29 keine Entschuldigung dafür jeden noch so schlechten Kompromiss einzugehen, sondern
30 ist Grund dazu Haltung zu zeigen, dass man es nicht zulässt wieder eine rote Linie zu
31 überqueren.